

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0111/2022/IV

Datum:
20.06.2022

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:
Dezernat I, Rechtsamt

Betreff:

**Verfahren zur Umsetzung von Projekten in den Stadtteilen
im Rahmen von Stadtteilbudgets**

Informationsvorlage

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. Juli 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung zur möglichen Umsetzung von Stadtteilprojekten im Rahmen von Stadtteilbudgets zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Anlass für die Vorlage ist der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, GAL und Bunte Linke (Drucksache-Nummer 0028/2022/AN), einen Fördertopf zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe Projekte aus der Bürgerschaft realisiert werden können. Der Vorschlag der Antragsteller sieht hier in erster Linie das Gremium der Bezirksbeiräte in den jeweiligen Stadtteilen als Vergabegremium für die finanziellen Mittel an. Die Verwaltung hat den Vorschlag geprüft mit dem Ergebnis, dass er in der vorliegenden Form nicht umsetzbar ist. Im Folgenden wird über einen Lösungsansatz informiert, der auf die Initiative der Stadtteilvereine zurückgeht und der aus Sicht der Verwaltung möglich und denkbar ist.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022

6.1 Verfahren zur Umsetzung von Projekten in den Stadtteilen im Rahmen von Stadtteilbudgets

Informationsvorlage 0111/2022/IV

Stadtrat Rothfuß stellt und begründet den als Tischvorlage verteilten, gemeinsamen **Sachantrag von Bündnis 90 / Die Grünen** sowie der **Einzelstadträtinnen und Einzelstadträte von Bunte Linke** (siehe Anlage 01 zur Drucksache 0111/2022/IV):

Ab 2023 werden nach dem im Antrag (Drucksache 0028/2022/AN) vorgeschlagenen Konzept Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt und nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf die Stadtteile verteilt. Die jeweiligen Bezirksbeiräte entscheiden (wie in Mannheim) über die Verwendung. Der Haupt- und Finanzausschuss bestätigt die Beschlüsse. Die Gesamtsumme der Stadtteilbudgets wird jeweils in der Haushaltsdiskussion für zwei Jahre festgelegt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner geht anschließend ausführlich auf den Inhalt der Vorlage ein und betont, er sehe ein ausgewogenes Konzept und halte das vorgeschlagene Verfahren für sinnvoll.

In der anschließenden Aussprache wird kontrovers diskutiert:

Ein Teil der Stadträtinnen (Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Winter-Horn) befürwortet den Vorschlag der Verwaltung und somit die Stadtteilvereine mehr einzubinden und als erste Anlaufstelle (niederschwelliges, nicht politisches Angebot) für die Stadtteilbudgets zu etablieren. Allerdings würde eine öffentliche Abstimmung über die Verwendung der Gelder als besser angesehen.

Ein anderer Teil der Stadträtinnen und Stadträte (Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Leuzinger, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Stolz, ~~Stadtrat Kutsch~~) unterstützen dagegen den obenstehenden Antrag und wollen die Verantwortung bei den Bezirksbeiräten (keine Doppelstrukturen/~~keine Bürokratisierung~~) ansiedeln.

Korrektur des Ergebnisblattes aufgrund Einwendungen von Stadtrat Kutsch. 21.07.2022 mr

Stadtrat Kutsch warnt vor einer zunehmenden Bürokratisierung und einer wachsenden zeitlichen Belastung für ehrenamtlich engagierte Personen. Man sollte sich genau überlegen, welches Verfahren man hier anwenden wolle. Er äußert daher seine Skepsis sowohl gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung als auch dem eingebrachten Sachantrag.

Im Laufe der Aussprache stellt Stadtrat Steinbrenner den **Geschäftsordnungsantrag** auf

Ende der Rednerliste.

Der Antrag findet ausreichend Unterstützung, sodass Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner darüber abstimmen lässt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Auf der Rednerliste stehen noch Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Kutsch und Stadträtin Prof. Dr. Schuster – sie werden noch angehört.

Herr Mevius, Leiter des Rechtsamtes, erklärt, die Bezirksbeiräte seien kommunalrechtliche Gremien, die den Gemeinderat (und gegebenenfalls die örtliche Verwaltung) beraten. Von dieser Vorgabe der Gemeindeordnung könne nicht abgewichen werden, daher könne den Bezirksbeiräten keine Entscheidungskompetenz übertragen werden. Es sei aber möglich – wie in der Vorlage beschrieben – ein Gremium zu bilden, dass vom Gemeinderat die Entscheidungskompetenz übertragen bekomme.

Daraufhin **modifiziert** Stadtrat Rothfuß den gemeinsamen **Sachantrag** von Bündnis 90 / Die Grünen sowie der Einzelstadträtinnen und Einzelstadträte von Bunte Linke wie folgt (**Änderungen fett** beziehungsweise **durchgestrichen**):

Ab 2023 werden nach dem im Antrag vorgeschlagenen Konzept Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt und nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf die Stadtteile verteilt. Die jeweiligen Bezirksbeiräte **entscheiden machen Vorschläge** (wie in Mannheim) über die Verwendung. Der Haupt- und Finanzausschuss **bestätigt entscheidet über die Beschlüsse Vorschläge**. Die Gesamtsumme der Stadtteilbudgets wird jeweils in der Haushaltsdiskussion für zwei Jahre festgelegt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lässt über den **modifizierten Antrag** abstimmen:

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 9 : 6 : 0 Stimmen

Somit ergibt sich folgende

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Ab 2023 werden nach dem im Antrag vorgeschlagenen Konzept Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt und nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf die Stadtteile verteilt. Die jeweiligen Bezirksbeiräte machen Vorschläge über die Verwendung. Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Vorschläge. Die Gesamtsumme der Stadtteilbudgets wird jeweils in der Haushaltsdiskussion für zwei Jahre festgelegt.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022

27.1 Verfahren zur Umsetzung von Projekten in den Stadtteilen im Rahmen von Stadtteilbudgets Informationsvorlage 0111/2022/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft die Vorlage auf. Es meldet sich Stadtrat Grädler zu Wort und bringt folgenden **gemeinsamen Antrag** von **Bündnis 90/Die Grünen, Bunte Linke, GAL, DIE LINKE, CDU, Die Heidelberger, HiB** (siehe Anlage 04 zur Drucksache 0111/2022/IV) ein:

- 1) Ab dem neuen Haushalt 2023/24 werden Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt und nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf die Stadtteile verteilt. Die Gesamtsumme der Budgets wird jeweils in der Haushaltsdiskussion für 2 Jahre festgelegt.

- 2) Ausgehend von einem nach der Sommerpause einzuberufenden Workshop, soll unter Beteiligung der Stadtverwaltung, der Gemeinderatsfraktionen, der Bezirksbeiräte und der Stadtteilvereine in einer Arbeitsgruppe ein Beteiligungs- und Vergabekonzept entwickelt werden, das bis zum Beginn der Haushaltsverhandlungen dem Gemeinderat zur Verabschiedung vorgelegt wird. Um den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Stadtteilen gerecht zu werden, sollen ebenfalls jeweilige Quartiersmanagements, engagierte Einzelpersonen und bürgerschaftliche Gruppen oder Vereine in den Prozess einbezogen werden. Verfahren und Vergabepaxis sollen so einfach, bürgernah und transparent wie möglich ausgestaltet und im Stadtteil entschieden werden. So sollen die im Stadtteil entschiedenen Vorschläge durch den Haupt- und Finanzausschuss unbürokratisch bestätigt werden.

Stadträtin Stolz begrüßt den gefundenen Kompromiss. Es sei eine wichtige kommunalpolitische Entscheidung damit getroffen worden. Somit können noch mehr Bürgerinnen und Bürger eines Stadtteils in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster schließt sich den Ausführungen an und **zieht den Antrag der SPD** (siehe Anlage 02 zur Drucksache 0111/2022/IV) **zurück**. Sie bitte jedoch darum, dass es bei einem Workshop bleibe.

Stadtrat Cofie-Nunoo teilt mit, dass er insbesondere den nun geplanten Workshops als wichtiges Instrument sehe, um alle in einem Stadtteil relevanten Institutionen einzubinden.

Stadträtin Heldner betont nochmals, wie wichtig es Ihrer Fraktion gewesen sei, dass neben den Bezirksbeiräten auch die Stadtteilvereine eingebunden würden.

Nachdem es keinen weiteren Aussprachebedarf gibt, lässt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner über den **gemeinsamen Antrag** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen bei einer Enthaltung

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses kommt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss vom 06.07.2022 nicht zur Abstimmung und es ergeht folgender

Beschluss des Gemeinderates:

1) Ab dem neuen Haushalt 2023/24 werden Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt und nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf die Stadtteile verteilt. Die Gesamtsumme der Budgets wird jeweils in der Haushaltsdiskussion für 2 Jahre festgelegt.

2) Ausgehend von einem nach der Sommerpause einzuberufenden Workshop, soll unter Beteiligung der Stadtverwaltung, der Gemeinderatsfraktionen, der Bezirksbeiräte und der Stadtteilvereine in einer Arbeitsgruppe ein Beteiligungs- und Vergabekonzept entwickelt werden, das bis zum Beginn der Haushaltsverhandlungen dem Gemeinderat zur Verabschiedung vorgelegt wird. Um den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Stadtteilen gerecht zu werden, sollen ebenfalls jeweilige Quartiersmanagements, engagierte Einzelpersonen und bürgerschaftliche Gruppen oder Vereine in den Prozess einbezogen werden. Verfahren und Vergabepaxis sollen so einfach, bürgernah und transparent wie möglich ausgestaltet und im Stadtteil entschieden werden. So sollen die im Stadtteil entschiedenen Vorschläge durch den Haupt- und Finanzausschuss unbürokratisch bestätigt werden

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss
Enthaltung 1

Begründung:

Die Fraktionen Bündnis 90 /Die Grünen, DIE LINKE, GAL und Bunte Linke, haben am 11.02.2022 einen Antrag zum Thema Stadtteilbudgets gestellt (Antrag Nummer 0028/2022/AN), um die Heidelberger Stadtteile mit einem Gesamtbudget von 1 Million Euro für Projekte in den Stadtteilen auszustatten. Der Antrag wurde in der Sitzung des Gemeinderats am 05.05.2022 eingebracht und zur Vorberatung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Ausgangssituation:

Für das Haushaltsjahr 2022 sind im städtischen Haushalt Zuwendungen in einem Volumen von über 155 Millionen Euro veranschlagt (siehe HH-Plan 2021/22, Anhang III Ziffer 4, Seite 135 „Zuweisungen und Zuschüsse“). Die Zuwendungen kommen Vereinen und Institutionen, die unterschiedlichsten Tätigkeitsbereichen zuzurechnen sind, zugute, so zum Beispiel den Bereichen Kinder und Soziales, Kultur, Brauchtum, Integration, Stadtteilzentren, Umwelt, Bildung und vieles mehr. Beispielhaft sei hier auch der Zuschuss in Höhe von 110.000 Euro für die Stadtteilvereine erwähnt. Dieser Zuschuss dient dazu, die Stadtteile zu beleben und das Ehrenamt in den Stadtteilen zu unterstützen. Daneben stehen einmalig weitere 40.000 Euro zur Verfügung, die speziell dieses Jahr als zusätzliche Unterstützung für Aktivitäten in den Stadtteilen dienen. Heidelberg verfügt über eine sehr gut ausgebaute und gelebte Förderstruktur.

Der vorliegende Antrag beabsichtigt, finanzielle Mittel (pro Haushaltsjahr 1 Mio. Euro) zur Verfügung zu stellen, um über die Bezirksbeiräte Projekte in den unterschiedlichen Stadtteilen umzusetzen.

Der Aufgabenbereich der Bezirksbeiräte in Heidelberg ist nach der Gemeindeordnung (GemO) dadurch gekennzeichnet, dass die Bezirksbeiräte "zu wichtigen Angelegenheiten, die den Gemeindebezirk betreffen, zu hören" sind (§ 65 Absatz 2 GemO). Weitere Aufgaben sieht die Gemeindeordnung nicht vor. Die Übertragung von Beschlusskompetenzen lässt sich mit dieser abschließenden gesetzlichen Vorgabe nicht vereinbaren. Damit kann den Bezirksbeiräten aus rechtlichen Gründen nicht die Entscheidungskompetenz über die Vergabe städtischer Mittel übertragen werden.

Möglicher Lösungsansatz:

Die Stadtteilvereine sind in allen Stadtteilen gut etabliert. Sie sind vor Ort vernetzt und setzen auch jetzt bereits Ideen und Aktivitäten im und für den jeweiligen Stadtteil um.

Die Stadtteilvereine haben der Stadtverwaltung signalisiert, dass sie in Bezug auf den vorliegenden Antrag eine gewisse Rolle übernehmen würden:

Die Arbeitsgemeinschaft Heidelberger Stadtteilvereine (ARGE) hat der Verwaltung ein Modell vorgeschlagen, in dem ehrenamtlich Engagierte genauso vertreten sind, wie (partei-) politisch Aktive und weitere Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrem Stadtteil einbringen möchten.

Konkret schlägt die ARGE ein Gremium vor, das Projektideen für den Stadtteil sammelt und Entscheidungsvorschläge trifft. Dieses Gremium könnte sich folgendermaßen zusammensetzen:

- Drei Vertreter/innen, die der Bezirksbeirat benennt
- Drei Vertreter/innen, die aus dem Stadtteilverein und den Vereinen im Stadtteil benannt werden
- Drei Bürger/innen, die sich außerhalb dieser Strukturen engagieren möchten (ggf. Auswahl per Losverfahren).

Die Koordinierung der Sitzungen des Gremiums könnte durch den jeweiligen Stadtteilverein ehrenamtlich für den jeweiligen Stadtteil übernommen werden. Des Weiteren schlägt die ARGE Stadtteilvereine vor, dass über die Verwendung der Gelder nach einer öffentlichen Anhörung in nicht-öffentlicher Abstimmung mit 2/3-Mehrheit im Gremium abgestimmt wird. Die vom Gremium beschlossenen Vorschläge würden dann der Verwaltung zugeleitet, die die finanztechnische Umsetzung vornimmt.

Die Bildung eines solchen Gremiums in jedem Stadtteil könnte eine Maßnahme zur Unterstützung und auch Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements und der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil sein – gleichzeitig wird hierbei auf vorhandene und bewährte Ehrenamtsstrukturen zurückgegriffen, die über Jahrzehnte gewachsen sind und sich stets fortentwickelt haben.

Die Stadtteilvereine geben zu bedenken, dass die im Antrag genannte Summe von 1 Mio. Euro pro Haushaltsjahr deutlich zu hoch sei und auf eine deutlich geringere Summe zurückgegriffen werden sollte. Auch sollten zunächst in einer Probephase von einem Jahr Erfahrungen gesammelt und evaluiert werden.

Bislang sind Mittel für ein derartiges Modell von Stadtteilbudgets nicht im Haushaltsplan bzw. der Finanzplanung enthalten; bei entsprechender zusätzlicher Berücksichtigung im Haushalt ab 2023 wird der Handlungsspielraum auch im Hinblick auf Auflagen des Regierungspräsidiums bei Genehmigung des Haushaltsplans 21/22 entsprechend eingeschränkt.

Der von den Stadtteilvereinen skizzierte Lösungsansatz ist durchführbar und damit auch aus Verwaltungssicht denkbar und möglich. Ob eine derartige Budgetierung von Stadtteilprojekten näher betrachtet werden soll, wäre im Vorfeld der kommenden Haushaltsberatungen auch im Hinblick auf die bereitzustellende Summe zu klären. Auch die konkreten Verfahrensabläufe, die finanztechnische Abwicklung und inhaltlichen Regeln wären zunächst gemeinsam mit der ARGE zu erarbeiten.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
QU3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
SOZ3	+	Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
KU1	+	Ziel/e: Kommunikation und Begegnung fördern

Begründung zu QU3, SOZ3 und KU1:

Die Schaffung von Projektgremien je Stadtteil fördert den Dialog der Bürgerinnen und Bürger untereinander und unterstützt die Beteiligungskultur insgesamt an Projekten für die Bürgerschaft bzw. die Stadt.

Durch die Zusammensetzung der neuen Projektgremien in den Stadtteilen wird der Gemeinsinn gefördert sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen bzw. sich und seine Ressourcen auch für das Gemeinwohl einzusetzen.

Gleichzeitig wird damit auch eine neue Plattform des Austauschs und der Begegnung in den jeweiligen Stadtteilen ermöglicht.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Gemeinsamer Sachantrag von Grüne und Bunte Linke vom 06.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022)
02	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 19.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022)
03	Gemeinsamer Sachantrag Bündnis 90/Die Grünen, Bunte Linke, GAL, Die Linke, Die Heidelberger, HiB vom 19.07.2022 [zurückgezogen und durch Anlage 04 ersetzt] (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022)

Drucksache:

0111/2022/IV

00339950.doc

...

04	Gemeinsamer Sachantrag B'90Grüne, Bunte Linke, GAL, DIE LINKE, CDU, HD'er, HiB vom 20.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022)
----	---